

DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

Gedenken ohne Geschichtsklitterung notwendig



Zehntausende Soldaten starben allein im April 1945 bei den Kämpfen um die Seelower Höhen. Mit dieser größten Schlacht im Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden begann die letzte sowjetische Großoffensive, um den verheerenden Krieg in Berlin zu beenden.

70 Jahre danach, am 8. Mai, gedachten DIE LINKE, Märkisch-Oderland und der DGB Berlin-Brandenburg hier in der Gedenkstätte Seelower Höhen mit einer zentralen Kundgebung der Befreiung Deutschlands vom Faschismus.

Die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau (DIE LINKE) und die DGB-Bezirksvorsitzende Doro Zinke thematisierten in ihren Reden die Erinnerungspolitik in Deutschland. Zinke verwies darauf, dass in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit die deutsche Schuld verdrängt und das Kriegsende als Niederlage dargestellt wurde. Die sowjetischen Opfer und der Anteil

der Roten Armee an der Befreiung Deutschlands seien im Westen während des Kalten Kriegs nicht angemessen gewürdigt worden. Erst mit den Studentenprotesten in den 60er Jahren wurde ein Umdenken eingeleitet. Mit der Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 ging das historische Datum als Tag der Befreiung in die öffentliche Erinnerungskultur der Bundesrepublik ein. Schließlich, viele Jahre später, wurde die ostdeutsche Erinnerungstradition der Befreiung vom Faschismus übernommen. Gleiche Sichtweisen in Ost und West vollzogen sich aber noch immer langsam.

Petra Pau plädierte dafür, den 8. Mai zu einem offiziellen Gedenktag in der Bundesrepublik zu erklären, so wie es DIE LINKE im Bundestag vorgeschlagen hat.

Pau mahnte, die Rede Weizäckers genau zu lesen – mit ihrem Gedenken aller Opfer des Weltkrieges, mit ihrem Aufruf zur Verständigung und



mit ihrer Würdigung von Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge und Vertriebene.

Weizsäcker hatte sich gegen Hass und Feindschaft gewandt, als hätte er geahnt, dass seine Worte auch noch 30 Jahre später aktueller denn je sein werden. ra

Aus der Rede Richard von Weizäckers am 8. Mai 1985 vor dem deutschen Bundestag

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des

Krieges und der Gewaltherrschaft.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.

Wenn wir daran denken, was unsere östlichen

Nachbarn im Kriege erleiden mussten, werden wir besser verstehen, dass der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben.

Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben. Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.



- **Befristung und Leiharbeit stoppen!**
- **Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!**
- **Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!**
- **Wohnung und Energie bezahlbar machen!**
- **Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!**

DIE LINKE will mit der langfristig angelegten Kampagne „Das muss drin sein.“:

- prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse ins öffentliche Bewusstsein rücken, skandalisieren und zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung machen
- zentrale Forderungen gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse mehrheits- und durchsetzungsfähig machen
- die politische Repräsentanz und Attraktivität der LINKEN bei direkt und indirekt Betroffenen stärken, sie in ihrer Selbstermächtigung stärken und ein Angebot zum Engagement unterbreiten.

Etwa ein Viertel der Beschäftigten und ein Drittel der Bevölkerung werden durch Erwerbslosigkeit und atypische Beschäftigungsverhältnisse in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse abgedrängt und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt. Fast vier Millionen Menschen sind weiter erwerbslos. Ein wachsender Anteil ist dem Hartz-IV-Regime unterworfen. Insbesondere in der industriellen Produktion werden Leiharbeit und Werkverträge zur Flexibilisierung und Lohn-

senkung zunehmend eingesetzt. Noch weiter verbreitet sind unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigung im Dienstleistungssektor: Mini- und Mid-jobs, Befristungen, erzwungene Teilzeit und prekäre Solo-Selbstständige. Eine Folge prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse ist die Zunahme von Stress und psychischen Erkrankungen. Prekäre Arbeit und Erwerbslosigkeit führen oft zu prekären Lebensverhältnissen: Immer mehr Menschen sind (teilweise) von der sozialen und kulturellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Die wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung führt zu einer wachsenden Distanz zur demokratischen Willensbildung. Überdurchschnittlich stark sind Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Migrationshintergrund betroffen. Die durch neoliberale Politik vorangetriebene



Kürzung, Privatisierung und Ökonomisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge trägt wesentlich zu prekären Lebensverhältnissen bei. In vielen Regionen ist bezahlbarer Wohnraum rar. Durch steigende Mieten, Sanierungs- und Energiekosten werden Mieter/-innen verdrängt. Auch Zwei-Klassen-Medizin und die unzureichende Versorgung mit Gesundheits- und Pflegeleistungen führen dazu, dass der Alltag vieler Menschen prekär wird. Die anderen Parteien nehmen diese Missstände schulterzuckend zur Kenntnis. Die Große Koalition ergreift keine ernst zu nehmenden Maßnahmen.

Dort, wo die Regierung eine bescheidene Regulierung der Arbeit betrieben hat, ist es zu wenig und zu wenig entschlossen. Der Mindestlohn war ein Schritt in die richtige Richtung, DIE LINKE hat das seit zehn Jahren gefordert und wir sehen es durchaus als Erfolg unserer unnachgiebigen Forderungen, dass der Mindestlohn nun eingeführt wurde. Der Maßstab der Politik müsste sein, dass Menschen ihre Zukunft planen können, dass sie an der Gesellschaft und ihren kulturellen Errungenschaften in vollem Umfang teilhaben können.



Wir rücken diejenigen ins Zentrum, um die es der Politik gehen sollte: die Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen, die ihre Zukunft nicht planen können, deren Miete gestiegen ist, die vom Jobcenter drangsaliert werden, obwohl es keine Perspektive auf Beschäftigung für sie gibt.

Nehmen wir uns die Politik zurück. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufbruch, einen gesellschaftlichen Neuanfang, auch vor Ort, zusammen mit allen, deren Horizont nicht das Wohlbefinden der Finanzmärkte ist; für alle, die mitmachen wollen in einer Politik, die von den Menschen ausgeht. Was wir fordern, sind eigentlich Selbstverständlichkeiten – noch dazu in einem der reichsten Länder der Welt: Arbeit, von der man leben und die Zukunft planen kann.

Das die einen nicht überarbeitet und die anderen nicht unterbeschäftigt sein sollen, sondern dass wir gesellschaftliche Lösungen für die Umverteilung von Arbeit finden müssen.

Dass die Grundsicherung von Menschen ein Grundrecht ist und nicht mit Sanktionen verbunden werden darf.

Dass Miete und Energie bezahlbar sein müssen, ohne an den Rand gedrängt zu werden. Dass die für Bildung, Pflege und Gesundheit, bessere Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen gesichert werden. Das muss drin sein.

Zentrale Kampagnentermine

- 6. und 7. Juni: Bundesparteitag in Bielefeld
- 8. bis 14. Juni: bundesweite Aktionswoche
- September: Aktion „Junge Beschäftigte“
- Dezember: „Weihnachtsaktion“

2016: Aktionskonferenz
2017: Bundestagswahl

Folgen von TTIP, CETA & Co. für die Kommunen

Bis heute stehen kommunale Selbstverwaltung und Organisationsfreiheit unter besonderem Schutz. Sie sind im Grundgesetz verankert. In die Zuständigkeit der Gemeinden, Landkreise und Städte fallen u. a. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Energieversorgung, Abfallbeseitigung, Öffentlicher Personen- und Nahverkehr (ÖPNV), Gesundheitsversorgung, Schulen, Kinderbetreuung, Kultur- und Freizeitangebote sowie wichtige regulatorische Aufgabenbereiche der Stadt- und Raumplanung.

Kommunen können gestalten

Die Kommunen erbringen diese Leistungen entweder in „Eigenregie“ durch kommunale Unternehmen oder sie beauftragen private Unternehmen über die Vergabe von Konzessionen bzw. öffentliche Aufträge. Durch die Bindung der Vergabe an (kommunal-)politische, soziale, wirtschaftliche oder umweltbezogene Kriterien können sie gestaltend wirken:

Sie können Auftragnehmer zur Bezahlung vergaberechtlicher Mindestlöhne verpflichten. Durch die Bevorzugung lokaler kleiner und mittelständischer Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen können sie lokale Wirtschaftskreisläufe unterstützen. Handlungsfähige Gemeinden, die ihren Bürger/innen eine funktionierende Infrastruktur, soziale und kulturelle Dienstleistungen zur Verfügung stellen und Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in örtlichen Wirtschaftskreisläufen durchsetzen und verankern können, sind im Interesse der Menschen.

Kommunen unter Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck

Bereits heute sind die Kommunen jedoch erheblichem Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck ausgesetzt: Ein entscheidender Grund dafür ist die prekäre Finanzlage. Bund

und Länder wälzen Kosten für sozial- und bildungspolitische Leistungen auf sie ab. Viele Gemeinden sind zu rigiden Sparmaßnahmen, zu Einschränkungen ihres Leistungsangebots sowie zu Privatisierungen zur Haushaltskon-



solidierung gezwungen, um wenigstens die Leistungen zu erbringen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind.

Zudem verfolgt vor allem die EU-Kommission seit den 1990er Jahren mit konsequent neoliberaler Politik das Ziel, die (noch) geschützten Bereiche der Daseinsvorsorge sukzessive für „den Markt“ zu öffnen und zu privatisieren. Dabei wird sie von der Mehrheit der EU-Regierungen teils offensiv unterstützt. Hinter dieser Politik steht eine finanzstarke und einflussreiche Lobby aus internationalen Investoren, multinationalen Konzernen und ihren Interessensverbänden. Sie sind an der Übernahme lukrativer kommunaler Betriebe sowie an einem uneingeschränkten Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe interessiert.

Mit dem Inkrafttreten der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA würde diese Politik fortgesetzt und radikalisiert. Einmal auf die Ebene völkerrechtlich bindender Verträge verankert, wären die Liberalisierungsverpflichtungen politisch fast nicht mehr umkehrbar.

Kommunale Organisationsfreiheit massiv eingeschränkt

1) Kommunen würden einem erheblich gesteigerten Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck ausgesetzt. Bislang geschützte Dienstleistungen müssten für den Markt geöffnet werden. Kommunale Unternehmen und lokale Unternehmen stünden unter einem erhöhten Verdrängungsdruck durch multinationale Konzerne.

2) Die Handlungs- und Gestaltungsspielräume würden durch die verschärfte Markt- und Wettbewerbsorientierung bei Konzessionsvergaben und Ausschreibungen drastisch beschnitten. Arbeitsrechtliche, umweltpolitische und andere Vergabekriterien wären fast nicht mehr durchsetzbar.

3) Mit den vorgesehenen weit reichenden Investorenschutzregeln und Klagemöglichkeiten vor Schiedsgerichten (ISDS-Verfahren) bekämen multinationale Konzerne quasi ein Vetorecht gegen politische Regulierungen.

Aus einem Beitrag von Björn Aust, Referent für Europapolitik der Bundestagsfraktion der LINKEN

kommunalpolitisches forum



Land Brandenburg e.V.

TTIP - und die Auswirkungen auf die (Brandenburger) Kommunen

30. Mai 2015

10 Uhr im Landtag Brandenburg, Raum 2.050
Am Alten Markt 1, 14467 Potsdam

Letschin gegen TTIP, CETA und TiSA



Postfach

Auf Antrag der LINKEN fasste die Letschiner Gemeindevertretung im April einen Beschluss, mit dem sie ihre Ablehnung dieser Abkommen – mit den bisher bekannten Inhalten – zum Ausdruck bringt. Außerdem werden in dem Antrag Transparenz und sofortige Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände an den Verhandlungen eingefordert. Bürgermeister und Vorsitzender der Gemeindevertretung werden darin beauftragt, die Bedenken gegen die Verträge der Öffentlichkeit sowie den Abgeordneten von Europaparlament, Bundestag und Landtag bis hin zur Bundeskanzlerin mitzuteilen und sie zur Ablehnung der Verträge aufzufordern.

Im Vorfeld der Beratung gab es bei vielen Abgeordneten manche Unklarheit zur Thematik. Meinungen wie: „Das geht uns als Gemeinde doch nichts an.“ oder: „Die Abkommen helfen unseren regionalen Unternehmen.“ sind verbreitet. Das kann nicht verwundern. Die Medien reduzieren die Abkommen zumeist auf den Freihandel oder das „Chlorhähnchen“. Dass mit diesen Abkommen die Demokratie ausgehebelt wird, dass die letzten Bereiche der öffentlichen oder kommunalen Daseinsvorsorge zur Privatisierung freigegeben und letztendlich die Macht der großen Konzerne über kommunale Selbstverwaltung gestellt werden sollen, wird nicht benannt. Zudem, wenn Zölle und lang erkämpfte Standards geringer werden oder ganz wegfallen, stehen Betriebe, insbesondere im Agrarbereich, in unmittelbarer verschärfter Konkurrenz mit Anbietern aus

den USA.

Die LINKE konnte mit umfangreichen Erläuterungen die Abgeordneten überzeugen. Mancher zog Parallelen zur Verfahrensweise bei „Natura 2000“, die vielleicht nicht mal zu weit hergeholt waren. Den Ausschlag gab aber vielleicht auch ein Rundschreiben des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, in dem den Kommunen das Recht und die Kompetenz abgesprochen werden, über dieses Thema überhaupt zu debattieren und Beschlüsse zu fassen. DIE LINKE bezeichnete das als „Maulkorberlass“. „Nun erst recht“ war die Reaktion. Mit nur einer Enthaltung stimmten alle für den Beschluss. Damit ist die amtsfreie Gemeinde Letschin nach dem Kreistag die erste mit einem solchen Beschluss in Märkisch-Oderland.

Stephan Schoenemann



Bürgerbüros

Thomas Nord (MdB)

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
Do. 10–14 Uhr
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

Kerstin Kaiser (MdL)

15344 Strausberg
Große Straße 45
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75
Mo.–Do. 9–16 Uhr
info@kerstin-kaiser.eu
www.kerstin-kaiser.eu

Geschäftsstellen

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66
www.dielinke-frw.de

Öffnungszeiten:
Di. 9 – 12 Uhr

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

e-mail: info@dielinke-mol.de

LinksTreff

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
e-mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96

E-Mail: impulse@dielinke-mol.de

Redaktion: Renate Adolph

Layout u.: Fortunato Werbung

Satz: www.fortunato-werbung.de

Fotos/ : DIE LINKE. MOL,

Grafik privat

Freilichtmuseum Altranft muss bleiben!

Das Freilichtmuseum Altranft ist bei seiner Gründung angetreten, ein lebendiges und erfahrbares Stück brandenburgische Heimatgeschichte zu bewahren.



Dr. Arno Gassmann
Kulturpolitischer
Sprecher der Linksfraktion
im Kreistag MOL

Das Schloss mit seiner Sammlung von historischen Geräten des Landbaus und des dafür nötigen lokalen Handwerks ist der Dreh- und Angelpunkt des Ensembles, das immer auch den Vergleich zu heutigen Kulturtechniken anschaulich macht.

Dieses Kulturgut droht nun zu verschwinden, entgegen einstiger Beschlüsse des Kreistages. Das Freilichtmuseum Altranft steht auf der Kippe. Nach einer emotionalen Kreistagsdebatte musste Landrat Gernot Schmidt (SPD) zunächst die endgültige Schließung um ein Jahr, bis zum Jahreswechsel 2015/16, verschieben.

Für zehntausende Euro werden Expertisen eingekauft. Ein Sonderausschuss wird gebildet, eine Steuerungsgruppe eingesetzt. Alle interessierten Bürger werden zum Dialog geladen. Nach wohl sechs Expertenrunden soll dann ein neues Konzept vorliegen. Die Entscheidungshoheit bleibt indes beim Landrat. Das Freilichtmuseum soll sich „neu erfinden“. Worin sich allerdings eine Einrichtung, die unser gemeinsames Erbe hütet, in ihrer Substanz von einem Vergnügungspark zu unterscheiden hat, ist eine Frage,

die in der bisherigen Debatte eher zu kurz kam.

Fachwissen gibt es in Altranft genug. Sowohl die Mitarbeiter wie auch dort angesiedelte Vereine wissen, was die Region an ihrem Freilichtmuseum hat. Es ist ein Eckpfeiler polnisch-deutscher Verständigung. Seine über Jahrzehnte gewachsene Sammlung repräsentiert die kulturelle Entwicklung unseres Oderbruchs. Seine jährlichen Sonderveranstaltungen sind Höhepunkte unseres kulturellen Lebens, die weit über die Region hinaus wirken. Altranft hat eine unumstößliche Existenzberechtigung. An ihm ein Exempel zu statuieren, wäre die leichtfertige Preisgabe nicht wiederbringbarer Identität für eine ganze Region.

Was ist unsere Kulturgeschichte wert?

Herr Schmidt, ich bitte Sie, ein eindeutiges Zeichen für Erinnerung, Forschung und gegen das Vergessen in unserer Region zu setzen! Ohne unsere Geschichte werden wenigstens unsere Kinder für immer ärmer sein. Es muss einen Ort der Erinnerung geben.

Wer angesichts von Rücklagen im zweistelligen Millionenbereich so tut, als ob die Kultur im Kreis nicht finanzierbar wäre, sagt den Menschen nicht die Wahrheit.

Wir könnten und wir müssten es uns erlauben, unser Erbe zu sichern. Sanierungsmaßnahmen und Personalkosten sollten nicht gescheut werden.

Kultur im Kreis nicht nur zu bewahren, sondern auszubauen – bewegt sich heute auf „Peanuts-Niveau“. Der Wert von Kultur ist und bleibt keine an Einnahmen zu messende Größe. Kultur bewegt, Kultur ist Identität.



Fotos: Horst Wiese